

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Ein Regelwerk zur Orientierung Sparkassenverbands-Präsident Aichinger zu den Diskussionen über das Europäische Bankensystem
>> Seite 3



Der Kapitalmarkt braucht Belebung Der neue Präsident der Industriellenvereinigung im Interview über seine Vorstellungen
>> Seite 4



„Helden“ der Wirtschaft Die österreichischen KMU blicken weiterhin optimistisch in die Zukunft.
>> Seite 5



Die Sparstudie wurde zeitgleich auch in den Bundesländern mit den jeweils regionalen Ergebnissen veröffentlicht. Im Bild: Die Präsentation in der Kärntner Sparkasse mit Marketingleiter Diethard Theuermann, Vorstandsdirektorin Gabriele Semmelrock-Werzer und Privatkunden-Bereichsleiter Rudolf Köberl.

Meine Meinung



Man sollte uns vor den Vorhang holen

Ist der Mensch ein lernfähiges Wesen? Mit dieser Frage beschäftigen sich die Philosophen seit Jahrhunderten. Es gibt keine eindeutige Antwort, aber seit dem Beginn des politischen und ökonomischen Einigungswerkes namens Europäische Union besteht Anlass zu berechtigter Hoffnung. Immerhin hat ein ganzer Kontinent die Lehren aus einem von zwei Weltkriegen und unsäglichem Kriegsleid geprägten Jahrhundert gezogen.

Sind Banker lernfähige Unternehmensführer? Hier kommt der Optimismus schon beträchtlich ins Wanken. Denn selbst die desaströsen Folgen der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 haben bei manchen nur kurze Katerstimmung und nachdenkliches Innehalten zur Folge gehabt. Schon ist er wieder da, der fragwürdige Innovationselan mancher Investmentbanken, die neuerlich an windigen Derivaten basteln und neue Spekulationsobjekte forcieren. Auf der Suche nach Veranlagungsmöglichkeiten für das ganz schnelle Geld sind die agrarischen Roh- und Grundstoffe ins Visier der Protagonisten des Gierfaktors geraten. Auf dem Rücken der Ärmsten dieser Welt wird ohne Skrupel das Hedging auf die Agrarmärkte übertragen. Und auch das „risikobetonte“ Angebot diverser Produkte etwa aus dem Hause Deutsche Bank bestärkt die Zweifel, ob denn die Investmentbanker die Lektion je verstehen werden ...

Gelitten wird darunter im kreditwirtschaftlichen Kollektiv. Die Reputation der Bankenwelt erreicht in der Gesellschaft bisher nicht gekannte Tiefstwerte und die Politik wird nicht müde, ständig neue Polterwerkzeuge in die politische Auslage zu stellen.

Dabei ist es allerhöchste Zeit, die Trennlinie zwischen dieser Renaissance des verantwortungslosen Casino-Banking und den biederen Retailbankern scharf und für alle – gerade auch die Politik – einsichtig zu ziehen. Es muss der Politik doch langsam dämmern, welchen Wert die dezentral organisierten Kreditgeber, die sich fast ausschließlich aus Einlagen der Sparer refinanzieren, für die solide Finanzierung der lokalen und regionalen Wirtschaft haben. Zumal die gegenwärtige Konjunkturschwäche quer durch Europa jeden unternehmerischen Wachstumsimpuls braucht wie einen Bissen Brot. Die jüngsten Stresstests zeigten ja in Österreich in beeindruckender Weise, wie zügig das jetzt viel zitierte „Boring Banking“ die Eigenmittel an die strengereren Vorgaben anzupassen vermag.

Eigentlich sollten auch wir in den Sparkassen, die wir Tag für Tag die Verantwortung für Sparer und ausreichende Finanzierung unternehmerischer Aktivitäten leben, endlich seitens der Politik entsprechende Würdigung erfahren. Des Einprägels auf alles, was mit Bank zu tun hat, ist es wahrlich genug! Man sollte uns getrost einmal vor den Vorhang holen.

Michael Ikrath

Generalsekretär des Sparkassenverbandes

„Sparen bleibt wichtig, aber die Dynamik fehlt“

Die Sparquote in Österreich bleibt in diesem Jahr unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Bedeutung des Sparens ist den Österreichern weiterhin bewusst, aber steigende Ausgaben für Energie und Gebühren sowie die auf historischen Tiefstwerten verharrenden Zinsen dämpfen die Lust an der Tugend. Dem Primärmittelaufkommen fehlt derzeit die Dynamik.

Milan Frühbauer

Eine aktuelle IMAS-Studie zeigt deutlich: Vorerst ist nicht mit einer nennenswerten Anhebung der Sparquote in Österreich zu rechnen. Im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen wurden 900 Österreicher, die älter als 15 Jahre sind, repräsentativ zum Sparverhalten sowie zur Grundeinstellung gegenüber dem aktiv geübten Konsumverzicht befragt.

Mit 170 Euro monatlich sparen die heimischen Anleger zwar mehr als im Vorjahr, allerdings nominal um nur 2 Euro.

Sparen bleibt den Österreichern wichtig (70 Prozent), jeder Zweite hierzulande spart sogar regelmäßig. Dabei ist das Sparbuch zwar noch am beliebtesten, im Vergleich zum Vorjahr aber der Verlierer mit einem Minus von 4 Prozentpunkten.

Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, sieht nicht nur das niedrige Zinsniveau als Grund für diese Entwicklung. „Energie, Wohnen und viele öffentliche Gebühren sind teurer geworden, das spüren die privaten

„Erstmals kein eigenes Produkt zum Weltpartag“

Haushalte recht deutlich. Darüber hinaus ist – vor allem im Raum Wien – in den vergangenen Jahren viel Ersparnis in Immobilien gewandert“, unterstreicht Bosek, der allerdings kein weiteres Ansteigen der Immobilienpreise mehr erwartet.

Der nominale Sparbetrag ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Während im Jahr 2006 die Österreicher noch 132 Euro auf die hohe Kante legten, sind es heuer bereits 170 Euro. In sieben Jahren also ein Zuwachs von rund 30 Prozent. „Die Dynamik beim Sparen hat in den letzten Jahren aber deutlich abgenommen“, so Bosek.

„Lizenz zur freiwilligen Selbstent-eignung“

Die Sparquote stabilisiert sich in Österreich aktuell bei 8,4 Prozent, im Vergleichszeitraum 2011 lag sie bei 8,1 Prozent. Damit liegt sie aber noch immer deutlich unter dem langjährigen Durchschnittswert von 9,5 Prozent.

„Die Verzinsung auf dem Sparbuch ist derzeit KEST-schonend. Langfristiges Sparen allein auf dem

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

150 Jahre Sparkasse Horn

Anlässlich ihres 150. Geburtstages veranstaltete die Sparkasse Horn-Ravelsbach-Kirchberg einen Tag der offenen Tür, zu dem über 1.000 Gäste kamen. Highlights des Tages waren Führungen durch das Haus sowie die Ausstellung „Die Sparkasse einst und jetzt“. Dazu gab es ein Gewinnspiel und eine Weinverkostung.



Engelbert Tragschitz, VDir. Helmut Scheidl, Franz Straßberger, Bgm. Walter Schmid, Alexander Klik und Vorstandsvorsitzender Manfred Wielach

Sozialpreis Gloria für gesellschaftliches Engagement

Mit dem Sozialpreis Gloria der Tiroler Sparkasse werden Menschen und Initiativen geehrt, die zu einem besseren Miteinander in der Gesellschaft beitragen. Heuer wurde die Lienzerin Janette Schneider ausgezeichnet, die sich seit Jahren für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft engagiert.



brokerjet im neuen Kleid

Mit 1. Oktober erhielt die Online-Broker-Plattform brokerjet ein neues Portal. Mit dem Relaunch wurde auch der Firmenname geändert. Aus der ecetra Central European e-Finance AG wurde die Brokerjet Bank AG. Auch das Logo ist neu: Mit den Farben Blau und Rot ist brokerjet jetzt klar als Tochter der Erste Group erkennbar.



Sicherheitspolitik für Kärntner Schüler

Seit 1989 besucht die Gesellschaft für Landesverteidigung Kärntner Schulen und informiert in allen Gymnasien sowie berufsbildenden höheren Schulen über die Landesverteidigung. Die Arbeit der Gesellschaft hat das Ziel, das Bewusstsein bei angehenden Präsenz- und Zivildienern zu schärfen. Zielgruppe sind in erster Linie Maturantinnen und Maturanten. Die Kärntner Sparkasse unterstützt das Projekt finanziell.



Erste-Vorstand Peter Bosek: „Es ist die Zeit gekommen, wieder an das Wertpapier zu denken.“

Sparbuch zu betreiben ist die Lizenz zur freiwilligen Selbstenteignung“, formulierte es Bosek bei der Präsentation der vorliegenden Daten sehr pointiert. Er hofft, dass sich die Anleger wieder verstärkt dem Wertpapier zuwenden. Erste Anzeichen für eine Wiederbelebung des Fondssparens gebe es bereits, die Käufe sind derzeit wieder höher als die Abflüsse aus dem jeweiligen Fondsvermögen.

Stichwort Welttag des Sparens: Seitens der Erste Bank wird es heuer zum Weltspartag keine „Sonderangebote“ im Sparbuchsparen geben. „Ich befürchte, dass derzeit auch ein Angebot von 2 Prozent vor KEST auf dem Markt keine Begeisterungstürme auslösen würde“, so der Privatkundenchef. Auch wenn die Sparsumme nicht mehr so stark steigt, ist doch mehr als jeder zweite Österreicher zufrieden mit dem, was er sich monatlich absparen kann. Insgesamt ist die Zufriedenheit gleich um 5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wofür sparen die Privaten? Das Sicherheitsbewusstsein ist traditionell hoch, so ist der berühmte „Notgroschen“ die Hauptmotivation (86 Prozent). Eine eigene Wohnung, ein neues Auto oder eine gute Altersvorsorge hat jeder Zweite vor Augen, wenn er Geld anspart. Die generelle Einschätzung, wie wichtig das Sparen für den Einzelnen ist, ist mit 70 Prozent Zustimmung relativ hoch, das bedeutet jedoch gegen-

über dem Vorjahr einen Rückgang um immerhin 5 Prozentpunkte. Überraschendes Detail: Der Bau-sparvertrag bleibt auch nach der Halbierung der staatlichen Prämie ganz oben in der Gunst der Sparer, 67 Prozent nutzen ihn und befördern ihn damit auf ein All-Time-High. Die niedrigen Zinsen auf dem Sparbuch beflügeln die Lust auf andere Investments aktuell nur mäßig: Eine Lebensversicherung hat jeder

Das Sparbuch am Smartphone
Beim Thema Sparen denken viele nur an das Papiersparbuch. Mit einer neuartigen App für Smartphones haucht die Erste Bank dem Thema jetzt neues Leben ein. Die Impulsspar-App ist für iPhone und Android-Smartphones 2 verfügbar und funktioniert einfach: Man legt sein Sparziel mit einer bestimmten Summe fest. Jedes Mal, wenn man etwa bewusst beim Einkaufen auf etwas verzichtet, kann man den dadurch gesparten Betrag per Knopfdruck seinem Sparziel überweisen. Hinter der App liegt ein echtes Sparkonto, auf welches die einzelnen Beträge, die man sparen möchte, vom eigenen Konto abgebucht werden. Dabei muss man sich nur zu Beginn einmal mit den netbanking-Zugangsdaten einloggen, danach kann jederzeit per Knopfdruck eine bestimmte Summe vom eigenen Girokonto auf das gewünschte Sparkonto überwiesen werden. Neben der Impulsspar-App hat die Erste Bank auch als erste Bank in Österreich ein Spar-Projekt reali-

So viel sparen die Österreicher

durchschnittlicher monatlicher Sparbetrag in Euro

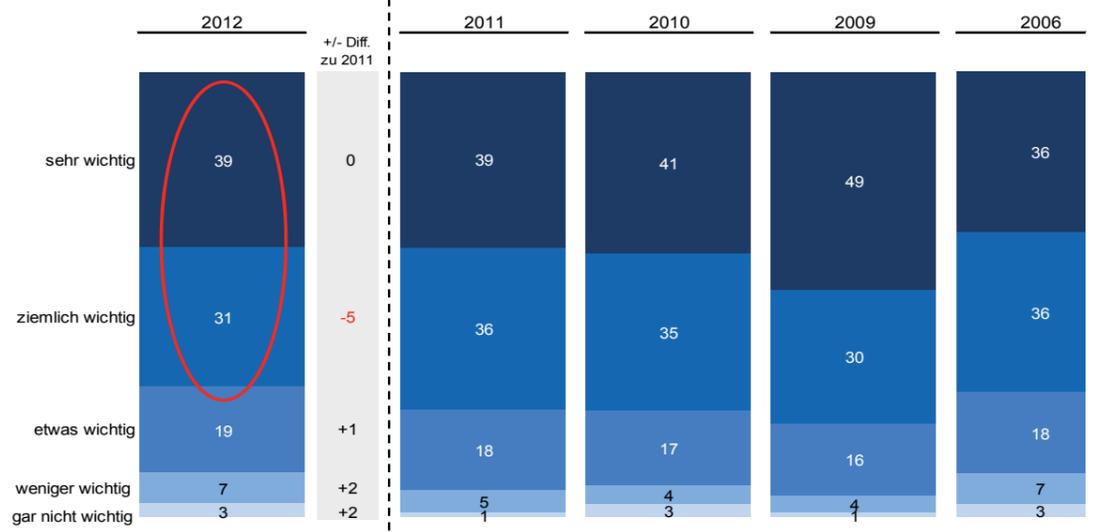


Zweite in Österreich, die Anlageform Wertpapiere und Fonds wurde von 30 Prozent genannt. „Der Wertpapiermotor stottert also noch, die Kundenanfragen dazu werden aber schon wieder mehr“, betont Bosek, der eine gute Vermögensdiversifikation in wirtschaftlich schwachen Zeiten allerdings als den besten Weg sieht, um die Niedrigzinsphase gut zu überstehen.

siert, das sich mittlerweile großer Beliebtheit erfreut: Rundungssparen. Dabei wird das Wechselgeld beim Einkauf mittels Bankomatkarte automatisch auf den nächsten Euro aufgerundet, der Differenzbetrag wird dabei einem Sparkonto automatisch gutgeschrieben. Österreichweit nutzen bereits 20.000 Kunden diese neuartige Sparform.

70 % halten „Sparen“ für wichtig

„Wie wichtig ist Ihnen persönlich das Sparen? Würden Sie sagen, Sparen ist Ihnen ...“



„Wir brauchen endlich ein Regelwerk zur klaren Orientierung“

Praktisch im Wochenabstand kommen neue Vorschläge zu neuen Regelwerken für das europäische Bankensystem. Eine verwirrende Vielfalt und noch keine klaren Beschlüsse: Für den Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes ein höchst unbefriedigender Zustand. Christian Aichinger nimmt im Gespräch zu den brisanten kreditwirtschaftlichen Problemen Stellung.

Sparkassenzeitung: Der neue SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück fordert in seinem Bankenkonzept eine endgültige Trennlinie zwischen den Investmentbanken und dem normalen Bankgeschäft, wie er das nennt. Können Sie sich damit anfreunden?

Aichinger: Der Ansatz ist grundsätzlich richtig. Es ist ja vor kurzem der Liikanen-Bericht erschienen, der auch in diese Richtung geht. Dort steht, dass ein gewisser Anteil am Geschäft einer Bank in Investmentprodukten liegen kann, und kleinere Banken würden nach dieser Expertise nicht unter diese Differenzierung fallen. Eine sinnvolle Überlegung.

Für schwierig erachte ich hingegen die Grenzziehung zwischen dem spekulativen Derivatprodukt und der Absicherung grundsolider Geschäfte. Denn auch ich in einer vergleichsweise kleinen Sparkasse muss für Kunden Zinsen und Währungen absichern können. Ich hatte im Frühsommer Gelegenheit, mit dem finnischen Notenbankchef Erkki Liikanen ein langes Gespräch zu führen. Dabei habe ich versucht, ihm zu vermitteln, dass diese Grenzziehung sehr schwierig ist.

Halten Sie etwas davon, den Anteil bestimmter Geschäfte an der Bilanzsumme zum Kriterium zu machen?

Ja, es wird irgendwelche Messgrößen geben müssen. Das ist wohl sinnvoller, als jedes Produkt zu analysieren. In der Praxis hieße das: Wenn die Derivate, die eine Bank zur Absicherung von Geschäften braucht, ein gewisses Volumen nicht überschreiten, dann kommt man mit solchen Definitionen aus.

Glauben Sie, dass die Europäische Einlagensicherung vom Tisch ist?

Ich fürchte nein. Mein persönlicher Eindruck ist, dass die Nichteinigung auf Euro-Bonds auf diesem Wege kompensiert werden soll. Dabei ist das österreichische System sehr gut. Jede Gruppe fährt ihr Risiko und muss nach dieser Risikostruktur eben vorsorgen. Die Einlagensicherung auf Europaebene ist derzeit ein Kampf – sagen wir es pointiert – zwischen Nord und Süd. Ein Kampf der Sparer gegen die Ausgeber.

Wie beurteilen Sie die Vorschläge zur einheitlichen EU-Bankenaufsicht? Nach diesen wäre die Deut-

*Christian Aichinger:
„Wo kümmert sich etwa die Aufsicht jetzt um Banken, die mehr als 2 Prozent Einlagenzinsen zahlen?“*



sche Bank nach denselben Kriterien zu reglementieren wie etwa die Sparkasse Poysdorf.

Das ist völliger Unfug. Dazu ein illustratives Beispiel: Konzessionsfragen gehen an die EZB. Also wenn die Wiener Neustädter Sparkasse ihren Unternehmensgegenstand auf Kraftfahrzeug-Leasing erweitert, wird dies dann in Frankfurt, nach Rückfrage in Brüssel, entschieden. Was dadurch besser werden soll, das weiß ich nicht. Für mich ist das Ausdruck eines EU-Geistes, den ich nicht verstehe. Es geht um das Konzept, dass jeder mit jedem im Wettbewerb ist oder sein muss. Das würde den völlig rational denkenden Homo oeconomicus voraussetzen. Den haben wir aber in Europa nicht, wir haben den Wohlfühlmenschen, der die regionalen Strukturen sehr schätzt.

Ich fürchte grundsätzlich diesen drohenden Dschungel an Aufsichtsbehörden: die EZB, die EBA sowie die nationalen Notenbanken und Aufsichtsbehörden. Das ist schon jetzt ein Konstrukt, das Verwirrung stiftet.

Was wäre der vernünftige Ausweg?

Ich kann mir konkret vorstellen: Grenzüberschreitende Banken unterliegen einem einheitlichen Regime einer einheitlichen Aufsicht. Doch das ist Sache des Gesetzgebers, die Aufsicht muss dann kontrollieren. Dieser Aspekt kommt derzeit zu kurz. Das Schlechteste wären unterschiedliche Vorschriften der nationalen und supranationalen Aufsichtsbehörden. Die Lösung wäre, Regeln für regional tätige Banken und für grenzüberschreitende Kreditinstitute zu definieren. Dann hat man zwei Regelwerke, die leibar sind. Dann ist es sekundär, wer das jeweils beaufsichtigt.

Und bei Auslandsgeschäften von an sich regional tätigen Banken?

Das soll sich die nationale Aufsicht ansehen, denn die Forderungen an ausländische Kreditnehmer sind ja im Inland eingebucht. Die Diskussion um die Aufsicht fokussiert aus meiner Sicht viel zu sehr auf die Details und nicht auf die Marktbelegungen. Wo kümmert sich etwa

die Aufsicht jetzt um Banken, die mehr als 2 Prozent an Einlagenzinsen zahlen? Mit dem Geld kann man derzeit nichts Risikofreies anfangen.

Fürchten Sie, dass die Probleme der spanischen Banken die Zentralisten in Brüssel beflügeln?

Ja, durchaus. Gerade die Situation der Banken in Spanien zeigt, dass der ausschließlich auf Eigenkapital abstellende Ansatz der Regulierungsdiskussion zu kurz greift. Die Kreditinstitute Spaniens haben durchaus Boring Banking betrieben und Liegenschaften finanziert. Mit dem Ergebnis: Rund 80 Prozent ihres Kreditrisikos sind in Immobilienprojekten zu finden. Dazu kommt erschwerend hinzu, dass sie nicht in Nachfrage investiert haben, sondern in die Hoffnung, dass in gebaute Projekte auch irgendwer einziehen wird. Fazit: Nicht das Boring Banking ist entscheidend, sondern die Risikostreuung.

Erwarten Sie die Entscheidung bei der Bankenaufsicht für die EZB?

Das kann man derzeit kaum beurteilen, die Dinge sind im Fluss. Aus operativer Sicht frage ich mich schon, wie die EZB ab 2014 mehr als 6.000 europäische Banken beaufsichtigen soll. Das gravierende Problem ist jetzt die Tatsache, dass wir nicht ein gültiges Regelwerk haben. Wir programmieren beispielsweise derzeit Basel III, ohne zu wissen, wann es wirklich kommt. Da werden Millionen investiert, und der Politik ist oft nicht klar, was sie mit kurzfristigen Entscheidungen bewirkt.

Österreich zählt derzeit zu den eifrigsten Promotoren einer Finanztransaktionssteuer. Was soll denn konkret dieser Steuer unterworfen werden?

Ich glaube, dass dies noch niemand im Detail weiß. Fürchten muss man, dass es eine Steuer auf den Zahlungsverkehr wird.

Aber es soll doch den Spekulanten treffen, der abseits der Realwirtschaft in riskante Anlagen investiert.

Das wäre ja philosophisch gerechtfertigt, aber wie ist das operativ umsetzbar? Wenn ich Geld nach England überweise, dann kann das für Reitstiefel ebenso sein wie für den Kauf der Aktie. Der Verwendungszweck muss nicht mehr angegeben werden. Also welchen Charakter hat diese Finanztransaktion?

Ähnlich die Lage bei Basel II. Dort lautet das philosophische Credo, dass man jedes einzelne Kundenrisiko mit dem entsprechenden Kapital unterlegt. Das ist ein nobelpreisverdächtiger Ansatz und durchaus einleuchtend. Nur in der Praxis geht das nicht. Wir können das einzelne Kundenrisiko nicht seriös messen, da sehr viele Einflussfaktoren dabei eine Rolle spielen.

Dieses Spannungsfeld gilt auch für die Finanztransaktionssteuer: Der politisch-philosophische Gedanke, die rund um den Erdball Milliarden per Knopfdruck verschiebenden Spekulanten zu besteuern, ist ja nachvollziehbar. Aber warum jemand, der sich langfristig zur Altersvorsorge eine Voest-Aktie kauft, diese Steuer auch zu entrichten haben wird, bleibt unverständlich. Nicht alles, was philosophisch einleuchtend klingt, ist in der praktischen Umsetzung auch möglich. Das sollten die Erfinder neuer Regularien immer bedenken!

Das Interview führte Milan Frühbauer.



*„Wenn die Wiener Neustädter Sparkasse ihren Unternehmensgegenstand auf Kraftfahrzeug-Leasing erweitert, wird dies dann in Frankfurt, nach Rückfrage in Brüssel, entschieden. Was dadurch besser werden soll, das weiß ich nicht.“
Aichinger zur Europäischen Bankenaufsicht*

„Der Kapitalmarkt Österreichs braucht eine umfassende Belebung“

Er ist erfolgreicher Industrieller, führt ein börsennotiertes Unternehmen mit extrem hohem Internationalisierungsgrad und ist seit einigen Monaten Präsident der Industriellenvereinigung: Georg Kapsch skizziert im Interview seine Vorstellungen von einem funktionierenden Kapitalmarkt und einer sinnvoll regulierten Kreditwirtschaft.

Sparkassenzeitung: Sie haben vor kurzem namens der IV den Wirtschaftspolitischen Diskurs gestartet. Darin findet sich auch ein Kapitel Kapitalmarkt. Wo sehen Sie die dringendsten Ansatzpunkte, um den heimischen Kapitalmarkt – nach den Finanzturbulenzen der vergangenen Jahre – wieder funktionsfähig und international wettbewerbsfähig zu machen?

Kapsch: Der Kapitalmarkt zeigt im Moment in Österreich und auch in der Europäischen Union leider wenig Dynamik. Das muss und soll nicht sein. Denn wir brauchen einen funktionierenden Kapitalmarkt, der das Wachstum unterstützt. Daher muss das Vertrauen der Privatanleger, Investoren, aber auch Unternehmer in den Kapitalmarkt so schnell wie möglich wiederhergestellt werden. Es braucht mehr Transparenz und Rechtssicherheit, aber auch ein richtiges Maß an Regulierung, und zwar dort, wo es notwendig ist. Der österreichische Kapitalmarkt benötigt ein umfassendes Maßnahmenpaket zur weiteren Belebung, und vor allem sollte er im positiven Sinn mehr in das politische Handlungsfeld gerückt werden: Denn der Kapitalmarkt ist eine wesentliche Säule der Unternehmensfinanzierung für unsere österreichischen Betriebe und damit ein wesentliches Element für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Österreich ist derzeit – auch als Folge fehlender Realverzinsung – mit einem Sinkflug der Sparquote konfrontiert. Welche Konsequenzen könnte dies mittelfristig für die Fremdfinanzierung der Unternehmen im Lande haben?

In einer geschlossenen kleinen Volkswirtschaft wäre eine langfristig auf tiefem Niveau verharrende Sparquote für die Unternehmensfinanzierung ein Problem, denn dadurch würde die Kreditvergabe an die Unternehmen erschwert werden. Durch den EU-Binnenmarkt ist die nationale Sparquote nicht mehr so bedeutsam wie etwa vor 50 Jahren. Eine negative Realverzinsung wird bei der Unternehmensfinanzierung mittelfristig stärker einen Anreiz auf Fremdkapitalfinanzierung setzen als auf Eigenkapitalfinanzierung. In einem solchen Umfeld wird eine Aktiengesellschaft eher geneigt sein, ihren zusätzlichen Kapitalbedarf über Unternehmensanleihen als über neue Aktien zu decken.

Unternehmensanleihen erfreuen sich derzeit großer Beliebtheit bei den Anlegern. Sehen Sie darin ei-

nen nachhaltigen Strukturwandel in der österreichischen Unternehmensfinanzierung?

Es ist durchaus erfreulich, dass österreichische Unternehmen den Kapitalmarkt mehr und mehr als Finanzierungsmöglichkeit sehen. Die Ausgabe von Anleihen ist für viele Unternehmen der erste Schritt in Richtung Kapitalmarktfinanzierung. Allgemein basiert die heimische Unternehmensfinanzierung nach wie vor zu einem Großteil auf Fremdkapital. Mit einer klassischen Unternehmensanleihe ist nicht die Eigenkapitalbasis des Unternehmens gestärkt, sondern primär der Schritt auf den Kapitalmarkt gewagt. Eine diversifizierte Unternehmensfinanzierung ist notwendig. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen für die Unternehmen stimmen: Eine Unternehmensanleihe ist für Anleger nur dann attraktiv, wenn sie auch die nötige Analystencoverage und Aufmerksamkeit der Investoren hat.

„Der Standort Österreich braucht eine funktionierende Börse.“

Orten Sie in der österreichischen Industrie derzeit Verknappungs- bzw. Verteuerungstendenzen in der Unternehmensfinanzierung durch heimische Kreditinstitute?

Ich darf hier daran erinnern, dass einige Länder, wie auch Österreich, eine Bankenabgabe eingeführt haben. Gleichzeitig soll der Kreditsektor aber auch die strengen Kapitalvorschriften von Basel III hinsichtlich eines zusätzlichen Eigenkapitalaufbaus erfüllen. Wir müssen hier bei der Belastung der Kreditwirtschaft das Augenmaß wahren. Steuern, die den Eigenkapitalaufbau der Banken belasten, wie etwa die Bankenabgabe, sollten daher entfallen, sollte die Politik auf kurzfristigen Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Banken bestehen. Aber die Entwicklung ist derzeit noch zu unklar und volatil. Gerade KMU wären massiv von Kreditverknappungen betroffen, da ihnen derzeit der Weg über den Kapitalmarkt nicht offensteht.

Die europäischen Aktienmärkte sind seit der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 schwer „geprügelt“. Dies gilt besonders auch für die



„Neue Bankenaufsichten dürfen nicht zu Lasten der Realwirtschaft gehen.“

Wiener Börse und den ATX. Sehen Sie – nach Einführung der Kursgewinnbesteuerung und bei drohender Finanztransaktionssteuer – mittelfristig Möglichkeiten, die Aktie als Finanzierungsinstrument und Veranlagungsform auch hierzulande wieder zu entdiskriminieren?

Eine Finanztransaktionssteuer, über deren steuerpolitische Komponente zu diskutieren ist, darf keinesfalls in einem Alleingang eingeführt werden, da dann Finanztransaktionen nicht mehr in Österreich abgeschlossen würden. Langfristig würde sie dem Image des österreichischen Kapitalmarkts und somit dem Standort schaden. Auch die derzeit in Aussicht stehenden EU-Staaten inklusive Österreich sind zu wenig. Und es ist auch jedenfalls keine Alternative, wieder eine Börsenumsatzsteuer einzuführen. Dies würde dem Börsenstandort schaden und gleichfalls zum Ausweichen auf andere Börsenplätze führen. Eine Finanztransaktionssteuer kann die Erwartungen bezüglich Steueraufkommen und Stabilisierung des Finanzsektors nur dann erfüllen, wenn sie auf einer regional breiten Ebene eingeführt würde. Wir bräuchten eine gezielte Aufklärungsarbeit und die Möglichkeit, sachgerecht und nicht populistisch zu diskutieren.

Wie stehen Sie zu einer Europäischen Bankenunion und wie bewerten Sie die offensive Liquiditäts-

versorgungspolitik der EZB für Länder, die sich derzeit auf den Kapitalmärkten nicht oder nur zu dramatischen Konditionen refinanzieren können?

Wir als Industrie haben uns bereits im Vorfeld der Veröffentlichung der EU-Kommissionsvorschläge zur Europäischen Bankenunion grundsätzlich positioniert. Vor dem Sommer wurde in Brüssel noch angedacht, in den Vorschlag auch die Themen „europäische Einlagensicherung“ und „europäische Restrukturierungsregelung“ zu packen. Diese Punkte wurden aus verständlichen Gründen nun doch nicht sofort aufgenommen – denn es wird noch verhandelt und diskutiert. Was die gemeinsame Europäische Bankenaufsicht betrifft: Eine effiziente Aufsicht ist begrüßenswert... Allerdings gibt es noch viele wesentliche Fragen zu klären: allen voran die Abgrenzung zu Maßnahmen der Geldpolitik der EZB und die Abgrenzung der neuen Aufsicht zu EBA und zu den nationalen Aufsichten. Eine weitere Frage ist der Geltungsbereich der zentralen Aufsicht – Stichwort: Nicht-Euro-Länder, systemrelevante Banken. Neue Aufsichtsstrukturen für Banken dürfen auf keinen Fall zu Lasten der Realwirtschaft gehen.

Die aktuelle Außenhandelsstatistik zeigt eine spürbare Wachstumsverlangsamung bei den Exporten. Gleichzeitig wird ein beachtlicher Strukturwandel erkennbar:

Der Anteil der EU-Länder an den Ausfuhren sinkt beträchtlich, die Drittstaaten gewinnen an Bedeutung. Wie interpretieren Sie diese Veränderung?

Österreichs Industrie ist hochgradig flexibel, global tätig und diversifiziert sich in Richtung neuer Märkte. Die Strukturverlagerung der heimischen Exporte in Richtung prosperierender Drittstaaten trägt ja auch dazu bei, dass im Inland Arbeitsplätze und die heimische Konjunktur gestützt werden. Laut der aktuellen WIFO-Prognose wird sich auch dieses Jahr das weltweite reale Wirtschaftswachstum mit plus 3,1 Prozent deutlich dynamischer entwickeln als das Wachstum der Eurozone mit minus 0,4 Prozent. Dieser Trend, wonach die Weltwirtschaft stärker wächst als die Eurozone bzw. die EU-27, ist schon seit einigen Jahren zu beobachten. Und daran wird sich auch in den folgenden Jahren nichts ändern. Wettbewerbsfähig ist der Standort Österreich aber nur dann, wenn wir unsere Verantwortung insbesondere in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Verwaltung, Pensionen und Gesundheit wahrnehmen. Der Erfolg der Exporte in Drittstaaten ist allerdings auch mit höherem Risiko und großer Wettbewerbsintensität verbunden.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

KMU: „Helden“ der Wirtschaft und ungebrochene Optimisten

Dem Optimismus der heimischen Unternehmen können Staatsschuldenkrise und europaweiter Konjunkturpessimismus offenbar nicht viel anhaben. Die österreichischen Betriebe blicken weiterhin zuversichtlich in die Zukunft. Das ergab eine aktuelle Umfrage von IMAS im Auftrag der Erste Bank und Sparkassen, die auch künftig als aktive Partner der Wirtschaft auftreten wollen.

Die repräsentative Studie hat Stimmungslage und Erwartungen von KMU mit einem Jahresumsatz zwischen 1,5 und 175 Mio. Euro in ganz Österreich erfasst und eine durchwegs positive Resonanz erhalten: Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Unternehmer prognostizieren ihrem Betrieb in den nächsten drei bis fünf Jahren nämlich ein starkes Wachstum. Etwa genauso viele (47 Prozent) glauben zumindest an eine unverändert stabile Geschäftsentwicklung. Somit rechnen rund 95 Prozent der Befragten nicht mit einem Rückgang. Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) rechnen mit steigenden Umsätzen, 36 Prozent haben 2011 sogar die Mitarbeiterzahl erhöht. Mit neuen Krediten sind Unternehmer jedoch vorsichtig. Lediglich 26 Prozent planen, in den kommenden zwei Jahren neues Kapital für ihr Unternehmen aufzunehmen. Der Finanzierungsbedarf bleibt also weiterhin relativ niedrig.

„Helden“ der Wirtschaft

Nur zwei Prozent weniger als im vergangenen Jahr gehen somit von einer guten Entwicklung der eigenen Geschäfte aus. „Die österreichischen Unternehmen sind zu Recht selbstbewusst. Die Klein- und Mittelbetriebe sind die Helden der österreichischen Wirtschaft. Wir verdanken ihnen, dass unsere Wirtschaftsleistung im europäischen Vergleich so gut dasteht“, zeigt sich Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, über die Umfrageergebnisse erfreut. Auch wenn die Wirtschaftsforscher kürzlich ein anderes Bild prognostizierten, rechnen die Unternehmer weiterhin mit Wachstum.

Im regionalen Vergleich blicken vor allem die Wiener positiv in ihre betriebliche Zukunft. So rechnen in der Bundeshauptstadt 59 Prozent (plus acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr) mit einer gestärkten Marktposition. Aber auch im Westen Österreichs, in Vorarlberg (51 Prozent) und Tirol (49 Prozent), ist rund die Hälfte der Unternehmer zuversichtlich. Am pessimistischsten ist man im Burgenland. Hier rechnen zehn Prozent mit einem Rückgang.

Als ausschlaggebende Erfolgsfaktoren für die Zukunft werden vor allem Modernisierung, Kooperationen und neues Personal gesehen. Für mehr als die Hälfte ist die Modernisierung des Betriebs ein Schlüsselfaktor, 73 Prozent planen in den nächsten zwei Jahren dafür Investitionen ein. Durch Kooperationen mit anderen Unternehmen,

die die eigene Wertschöpfungskette verlängern, wollen immerhin 58 Prozent wachsen. Positiv ist auch die Entwicklung in puncto Personal zu sehen. Denn immerhin die Hälfte aller antwortenden Firmen betrachtet die Aufnahme neuer Mitarbeiter als wichtige Maßnahme für den wirtschaftlichen Erfolg.

„KMU erwarten gestärkte Marktpositionen.“

Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank

Überraschend ist aber nicht nur die unerwartet gute Wetterlage am subjektiven Konjunkturhimmel, auch die Expansionspläne sind es: Ein Fünftel der befragten Unternehmen will nämlich neue Betriebsstandorte gründen.

Finanzierungsbedarf stabil

Diese Pläne wollen die österreichischen KMU aber hauptsächlich aus eigener Kraft umsetzen und

organisch wachsen. Insgesamt sehen nur 26 Prozent der Betriebe in den nächsten zwei Jahren einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf in Form eines Bankkredits, bei den größeren Unternehmen mit 5 bis 175 Mio. Euro Umsatz sind es 32 Prozent. Die geschätzte Kredithöhe liegt bei knapp der Hälfte der Betriebe mit Finanzierungsbedarf aber unter 500.000 Euro. Diese Mittel sollen hauptsächlich zur Modernisierung (61 Prozent) eingesetzt werden, mit großem Abstand folgen Kundengewinnung sowie Rationalisierungsmaßnahmen (jeweils 16 Prozent). Kapital über eine Stärkung der Eigenmittel zu beschaffen kommt nur für 45 Prozent in Frage. 2011 war für die Sparkassengruppe ein sehr starkes Kredit-Jahr. Insgesamt wurden österreichweit 10,4 Milliarden an neuen Krediten vergeben, das ist im Vergleich zum Jahr 2010 eine Steigerung um 33 Prozent.

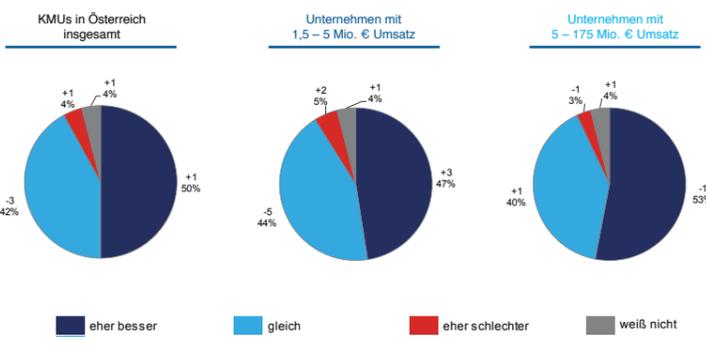
Auch im ersten Halbjahr 2012 wurden bereits 5.123 Mrd. Euro Neukredite vergeben. „Wir wollen weiterhin in unsere langfristigen Kundenbeziehungen investieren und unseren Kunden ein verlässlicher Bankpartner sein“, so Bosek zur Unternehmensfinanzierung. -afe-

Unternehmen sind zu Recht selbstbewusst

– Die Hälfte sieht sich wirtschaftlich eher besser als der Rest der Branche

„Wenn Sie Ihr Unternehmen mit anderen Ihrer Branche vergleichen: Ist die wirtschaftliche Gesamtsituation Ihres Betriebes eher besser, schlechter oder etwa gleich wie bei den meisten Betrieben Ihrer Branche?“

+/- Differenz zu 2011

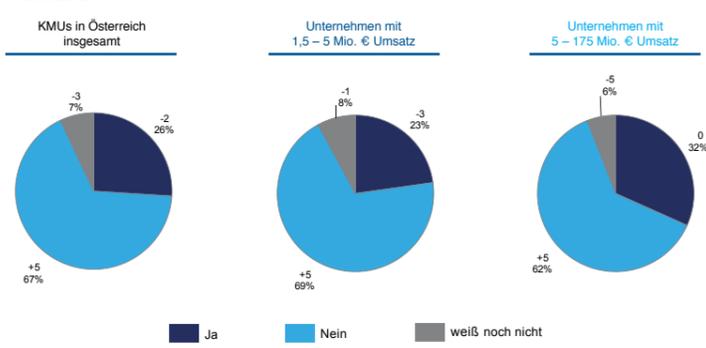


Rund ein Viertel sieht Kreditbedarf in den nächsten Jahren

– Konstanter Bedarf seit 2011

„Hat Ihr Betrieb in den nächsten ein, zwei Jahren einen Finanzierungsbedarf, der in Form eines Bankkredites gedeckt werden müsste?“

+/- Differenz zu 2011



AUSBLICK

Christine Domforth

Achtung auf die Bonität

Problematische „Kampfkonditionen“ bei Habenzinsen

Im Keller sind seit geraumer Zeit die Sparzinsen. Und weil die Europäische Zentralbank wegen der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise eine Politik des billigen Geldes fährt, wird sich daran bis auf weiteres wenig ändern. Zieht man von den mickrigen Zinsen, mit denen wir derzeit abgespeist werden, Kapitalertragsteuer und Inflation ab, ist jedes Sparbuch – selbst mit längerer Laufzeit – real ein Verlustgeschäft. Doch es gibt „Ausreißer“ nach oben. Wer die online oder in den Medien regelmäßig publizierten Zinsvergleiche studiert, findet immer wieder Institute, die selbst für täglich fällige oder relativ kurz gebundene Spareinlagen zwei Prozent und mehr anbieten – Zinssätze, von denen die Kunden der großen Filialbanken nur träumen können. Hinter diesen für so manchen Sparer sehr verlockenden Angeboten stehen meist Geldinstitute in ausländischem Besitz oder Direktbanken. Wenn diese Banken Zinsen deutlich über dem allgemeinen Marktniveau zahlen, sollten bei den Kunden eigentlich die Alarmglocken schrillen. Von zeitlich eng begrenzten Werbekampagnen einmal abgesehen deutet ein höherer Zinssatz immer auf ein höheres Risiko, sprich eine schlechtere Bonität hin. Sind manche Banker Gutmenschen, die den Sparern freiwillig höhere Zinsen zahlen als sie müssten? Wohl kaum ...

Vollkasko-Mentalität ist zu hinterfragen

Grundsätzlich ist die Einlagensicherung als Fangnetz für Sparer eine gute Sache. Doch sie fördert auch eine nicht mehr zeitgemäße Vollkasko-Mentalität und leistet Moral Hazard Vorschub. Lösen ließe sich dieses Dilemma durch einen Selbstbehalt, im Pleitefall müssten Sparer also einen Teil des Verlustes selbst schlucken. Dann würden sich Bankkunden gut überlegen, wem sie ihr Geld anvertrauen. Politisch ist so ein Selbstbehalt derzeit kaum durchzubringen, sinnvoll wäre er aber sehr wohl. Denn sonst zahlt die Masse der Sparer gleich doppelt drauf: Sie muss sich mit mageren Zinsen begnügen und im Ernstfall für findige Schnäppchenjäger geradestehen.

Werbung mit der „Einlagensicherung“

Während sonst in der Wirtschaft der Grundsatz „There is no free lunch“ gilt, ist das bei überhöhten Sparzinsen nicht der Fall. Die Einlagensicherung deckt im Falle einer Bankpleite die Spareinlagen bis zu 100.000 Euro ab. Bis zu 50.000 Euro davon müssen die Banken übernehmen, die diese Belastung natürlich in ihre Kal-

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

SPARKASSEN NEWS

Unterwegs zu neuen Kunden

„Wir wollen aus der Sparkasse hinausgehen und offen auf unsere bestehenden und auf potentielle neue Kunden zugehen.“ Mit diesen Worten erklärte VDir. Martin Zwittag die Intention des Aktionstags, mit dem Mitarbeiter der Sparkasse Pregarten-Unterweißenbach auf ihr Unternehmen aufmerksam machten. In den Filialen waren an diesem Tag nur wenige Angestellte anzutreffen. Dafür waren die anderen auf den Beinen, um ihre Kunden und Nichtkunden „draußen“ zu treffen, neue Kontakte zu knüpfen und sich für die Fragen der Bevölkerung Zeit zu nehmen.



Die Mitarbeiter der Sparkasse Pregarten-Unterweißenbach

Einmal ohne Auto in die Arbeit

Dass es auch ohne Auto geht, bewiesen Mitarbeiter der Dornbirner Sparkasse am „Autofreien Tag“, den die Sparkasse veranstaltete. Sie kamen mit Fahrrad, E-Bike, öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zur Arbeit und wurden mit einem Frühstück empfangen. Der „Autofreie Tag“ fand im Rahmen von Vorarlberg mobil und der Europäischen Mobilitätswoche statt.

Aufbruch zur Kunst

Mit der Initiative „Aufbruch zur Kunst“ will die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG Kindern und Jugendlichen das Thema Kunst näherbringen. An insgesamt zehn Terminen ermöglichte die Sparkasse daher rund 300 Schülern eine spannende Reise in das Leopold Museum im Wiener MuseumsQuartier.



Die Kinder mit Führerin Melanie Thiemer im Wiener Leopold Museum

Fachvortrag für Wirtschaftstreuhand

Um in der Pensionsphase den Lebensstandard aufrechterhalten zu können, stellen Firmenpensionen einen unverzichtbaren Baustein in der Vorsorge dar. Manfred Sirny, Pensionsexperte der VBV Pensionskasse, informierte in Dornbirn Wirtschaftstreuhand und Steuerberater über die optimale Gestaltung von Firmenpensionen unter Beachtung der gesetzlichen Änderungen in diesem Bereich.

Österreich sucht seine „Pfleger mit Herz“

Vor kurzem endete der erste Durchgang einer gemeinsamen Kampagne von Wiener Städtische Versicherung, Erste Bank, Wirtschaftsministerium, Sozialministerium und dem ÖGKV, die Österreichs beliebteste Pflegerinnen und Pfleger vor den Vorhang holt.

In Österreich gibt es rund 440.000 Pflegefälle und mehr als 100.000 professionelle Pflegerinnen und Pfleger, die sie betreuen. Der größte Teil der pflegebedürftigen Menschen (rund 85 Prozent) wird zu Hause gepflegt. Auch Angehörige leisten hier einen wertvollen Beitrag.

Die demografischen Entwicklungen der Gesellschaft zeigen die Brisanz des Themas: Rund 50 Prozent der Personen, die heute Pflegegeld beziehen, sind mindestens 81 Jahre alt. Der Anteil dieser Altersgruppe liegt bei etwa 5 Prozent, wird bis zum Jahr 2030 auf 7 Prozent und bis 2050 auf 11,5 Prozent steigen. Dadurch steigt aber auch die Wahrscheinlichkeit, im Alter zum Pflegefall zu werden. Für viele betagte Menschen sind ihre Pfleger schon heute sehr positive und wichtige „Lebenspartner“.

Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, sieht eine große Verantwortung: „Die



Peter Bosek, Erste Bank, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Ursula Frohner, Präsidentin des Gesundheits- und Krankenpflegeverbands, Sozialminister Hundstorfer, Günter Geyer, Präsident des Vereins „PflegerIn mit Herz“, und Generaldirektor Robert Lasshofer, Wiener Städtische Versicherung

Erste Bank unterstützt die Aktion „PflegerIn mit Herz“, weil die Pflege in Österreich noch ein sehr wenig diskutiertes und mit Angst besetztes Thema ist. Das Risiko, im Alter ein Pflegefall zu werden, steigt aber mit der Höhe der Lebenserwartung!“ Gesucht wurden mit der Initiative „PflegerIn mit Herz“ die beliebtes-

ten Pflegerinnen und Pfleger des Landes. Eine Jury wird pro Bundesland jeweils einen Gewinner auswählen. Diese neun „PflegerInnen mit Herz“ werden im Rahmen einer Abschlussveranstaltung im November mit einem Geldpreis von der Wiener Städtischen Versicherung für ihr Engagement belohnt. -üh-

Hilfe auf dem letzten Weg

Die Sicherheit, bis ins hohe Alter gut leben zu können und auch in Würde sterben zu dürfen, ist in Österreich leider nicht gegeben. Ein Missstand, den das Hospiz Österreich aus dem Weg räumen und anlässlich des Internationalen Hospiz und Palliative Care Tages thematisieren möchte. Die Sparkassen unterstützen den Dachverband seit Jahren bei diesen Zielen.

Die Präsidentin des Dachverbandes von Palliativ- und Hospizeinrichtungen, Waltraud Klasnic, sieht das Recht, in Würde zu altern und zu sterben, in Österreich gefährdet und betont: „Mit Blick auf unsere Zukunft müssen wir als Gesellschaft schon jetzt die Weichen stellen, damit Lebensqualität auch 2050 noch möglich ist.“ Sie zieht hier mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer an einem Strang: „Derzeit werden 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird diese Zahl wohl nicht haltbar bleiben. Wir werden daher die Hospizangebote – ob stationär oder mobil – immer stärker benötigen.“

Ehrgeizige Ziele

Das innovative Projekt „Hospizkultur und Palliative Care in Alten- und Pflegeheimen (HPCPH)“ ist eine Antwort auf die veränderten Bedürfnisse jener Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen wohnen oder arbeiten. Folgende Ziele sollen damit erreicht werden: Weitgehende Schmerzfreiheit, Selbstbestimmung, professionelle und einfüh-

same Pflege und Betreuung, Einbeziehen von An- und Zugehörigen, Beitrag zur Lebensfreude sowie die Gesundheitsförderung für alle Leitenden und Betreuenden im Alten- und Pflegeheim sind die Ziele von HPCPH. Es wurden österreichweit einheitliche Richtlinien und ein ausgereiftes Konzept erstellt, das in 46 Heimen umgesetzt wird. Außerdem benötigt Österreich stationäre Hospize, da die Pflegeheime technisch, personell und fachlich über-

fordert sind. Klasnic: „Nachhaltig können Hospizkultur und Palliative Care nur gelebt werden, wenn langfristig die Finanzierung und auch entsprechende Rahmenbedingungen wie qualifiziertes und entsprechend ausgebildetes Personal und ein ausreichender Pflegeschlüssel gesichert sind. Hier ist die Politik gefordert.“

Die Sparkassen möchten auch in Zukunft ihren Beitrag zu diesem wichtigen Thema leisten. -afe-



Hospiz-Dachverband-Präsidentin Waltraud Klasnic, hier mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Noch werden 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut.“

Malaise der Finanzbildung: Schule schafft es nicht

Das Phänomen ist nicht neu, aber derzeit besonders brisant: Das Finanzwissen der Österreicher ist bescheiden. Die Schule reicht bei weitem nicht aus. Eine neue Sparefroh-Initiative soll helfen.

Nicht nur, dass fast zwei Drittel der Österreicher bei sich selbst ein Wissensdefizit in Wirtschafts- und Finanzfragen diagnostizieren, auch ihren Freunden und Bekannten würden sie bei dem Thema mehrheitlich nur einen „Dreier“ geben. Nur jeder Zehnte würde seinen Freunden ein „Sehr gut“ ausstellen. Ursache für dieses Defizit könnte sein, dass Gelderziehung zu wenig in den Lehrplänen von Österreichs Schulen verankert ist. Jeder zweite Österreicher ist zumindest der Ansicht, dass der Lehrstoff in den Schulen dazu nicht ausreicht. „Das vorausschauende Einteilen, Setzen von Prioritäten und die Notwendigkeit des Sparens, wenn man sich etwas leisten will – das sind Charaktereigenschaften, die wir schon früh mit unseren Kindern üben müssen“, unterstreicht Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank, die Bedeutung des Lernens über Geld. Geldwissen zu vermitteln obliegt aber nicht allein den Lehrern. Neben dem wichtigsten Einflussfaktor – den Eltern – erachten 55 Prozent es für wichtig, dass sich eine Bank dem Thema „Gelderziehung“ widmet. Deshalb haben Erste Bank und Sparkassen – mit Unterstützung des Bundesministeri-



ums für Unterricht, Kunst und Kultur – Sparefroh TV ins Leben gerufen. Das sind Kurzfilme, in denen für Kinder im Volksschulalter Finanz- und Wirtschaftsthemen pädagogisch richtig aufbereitet und erklärt werden. Die neue und seit heute verfügbare dritte Folge mit dem Titel „Wie funktioniert der Markt?“ geht dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, der Preisbildung und fairen Produk-

tions- und Handelsbedingungen auf den Grund. Mehrheitlich (45 Prozent) finden die Österreicher, dass mit dem Thema Gelderziehung schon in der Volksschule begonnen werden sollte, 28 Prozent würden sogar schon im Kindergarten damit starten. Sparefroh TV ist kostenlos im Internet zu sehen, unter anderem unter www.facebook.com/sparefroh oder www.sparefroh.at. -red-

Kundenzinssätze heuer weiter im Sinkflug

Die Zinsen für neue Kredite und auch für Einlagen waren in Österreich bis Ende Juli weiterhin rückläufig. Die infolge der Liquiditätshilfe der Europäischen Zentralbank an die Banken stark sinkenden Zwischenbankzinssätze im ersten Quartal 2012 führten zu einem sinkenden Zinsniveau bei Kundenzinssätzen.

Seit dem Jahreswechsel kam es in Österreich bei neu vergebenen Krediten zu Rückgängen von bis zu 70 Basispunkten. Im Einlagenbereich waren diese mit bis zu 92 Basispunkten sogar noch stärker ausgeprägt. Der vergleichsweise stärkere Rückgang bei neu vereinbarten Einlagenzinssätzen führte in Österreich zu einem minimalen Anstieg der Zinsspanne im Neukundengeschäft, welche jedoch noch immer zu den geringsten im gesamten Euroraum zählte. Vor allem Unternehmen konnten seit dem Jahreswechsel von günstigeren Zinskonditionen bei österreichischen Banken profitieren. Dies geht aus einer Analyse der Nationalbank hervor. Sowohl bei neuen Krediten mit Volumen bis eine Million Euro als auch bei neuen Großkrediten (über eine Million Euro) kam es seit Dezember 2011 zu deutlichen Rückgängen bei den Kreditzinssätzen in Höhe von 62 bzw. 70 Basispunkten auf 2,40 bzw. 2,01 Prozent. Bei Krediten bis

eine Million Euro war der Rückgang deutlich stärker als im Euroraum-Durchschnitt (-31 Basispunkte), und der Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt (4,12 Prozent) stieg auf mehr als 170 Basispunkte an.

„Die Zinsspanne in Österreich zählt zu den niedrigsten im Euroraum.“

Bei den Zinssätzen für neue Einlagen von privaten Haushalten kam es seit Jahresbeginn zu vergleichsweise stärkeren Rückgängen als bei den Kreditkonditionen. Besonders bei kürzeren Laufzeiten hatte sich die Differenz zum Euroraum-Durchschnitt weiter erhöht. So wurde im Euroraum bei Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr sogar ein geringfügiger Anstieg der Einlagenzinssät-

ze verzeichnet (+2 Basispunkte auf 2,80 Prozent), während der entsprechende Zinssatz in Österreich seit Dezember 2011 um 70 Basispunkte sank und 1,13 Prozent erreichte. Verantwortlich für die Entwicklung im Euroraum waren vor allem Banken in einigen Ländern in Südeuropa, die ihren Kunden für sehr kurzfristige Einlagen hohe Sparzinsen (von bis zu 4,82 Prozent) zahlen mussten, um Liquidität zu bekommen. Auch in den längerfristigen Kategorien (ein bis zwei Jahre bzw. über zwei Jahre) waren die Rückgänge der Einlagenzinssätze in Österreich mit 92 bzw. 55 Basispunkten stärker als im Euroraum ausgeprägt.

Als Folge der stärkeren Rückgänge bei Einlagen- als bei Kreditzinssätzen stieg die Zinsspanne im Neukundengeschäft in Österreich seit Dezember 2011 wieder um 13 Basispunkte an. Sie zählte mit 1,11 Prozentpunkten jedoch noch immer zu den geringsten im gesamten Euroraum. -üh-

EINBLICK



Milan Frühbauer

Bisher leider kaum bemerkt: Strukturwandel bei Exporten

Die selbst in der Wirtschaftsberichterstattung rasch fortschreitende Personalisierung verstellt offensichtlich den Blick für ökonomische Strukturfragen. Der einst in der wirtschaftspolitischen Diskussion durchaus gängige Begriff „Strukturwandel“ ist völlig aus der Mode gekommen. Die Orientierung auf Daten und Fakten konzentriert sich seit Monaten auf die Finanz- und Kapitalmärkte. Angesichts der dort grassierenden Krisenerscheinungen durchaus verständlich, aber ebenso auch sehr unbefriedigend.

Exportwachstum ohne mediales Echo Die monatliche Veröffentlichung der jüngsten Daten aus der Handelsbilanz durch die Statistik Austria – noch vor Jahren ein sicherer Dreispalmer in den Qualitätszeitungen – verkommt zur Kurznotiz. Wohl deshalb bleiben wesentliche Aspekte der Exportentwicklung für den gesamten Konjunkturverlauf ohne öffentliche Aufmerksamkeit.

Wäre dem nicht so, dann hätte die Information über die Entwicklung der heimischen Handelsbilanz in den ersten sieben Monaten dieses Jahres wohl zu Interpretationen Anlass geben müssen.

Also dann: Stiegen die österreichischen Ausfuhren im ersten Halbjahr 2012 um 2,1 Prozent, so beschleunigte sich der Exportzuwachs gegenüber dem Vorjahr im Juli dieses Jahres auf mehr als 5 Prozent. Angesichts der in weiten Teilen Europas derzeit feststellbaren Konjunkturschwäche eine zunächst überraschende Leistung. Zumal in einigen westeuropäischen Industriestaaten zumindest bis Jahresende von Rezession gesprochen werden muss.

Sieht man sich die Außenhandelsdaten der Statistiker genauer an, was die meisten Medien des Landes derzeit penibel vermeiden, dann wird rasch klar, worauf diese „Abkoppelung“ der heimischen Exporte von den Konjunkturproblemen in vielen wichtigen Abnehmerländern zurückzuführen

ist. Erstmals in der jüngeren Vergangenheit sind nämlich die Ausfuhren in die 26 übrigen Länder der Europäischen Union auf einen Anteil von weniger als 70 Prozent der Gesamtexporte gesunken. Genauer gesagt auf 68 Prozent.

Beachtliche Leistung der KMU im weltweiten Wettbewerb Im Umkehrschluss heißt das: Fast ein Drittel der österreichischen Exportleistung wird in Ländern außerhalb der EU-27 erbracht. Still und leise ist es somit der exportorientierten Industrie gelungen, die Diversifizierung der Destinationen kräftig voranzutreiben.

Was in den Sonntagsreden der vergangenen Jahre von Wirtschaftswissenschaft und Politik immer wieder gefordert wurde, wird umgesetzt. Die Fokussierung auf die sogenannten benachbarten Märkte nimmt spürbar ab, die Globalisierung des Exportmanagements in Richtung Südostasien oder Südamerika zeitigt Erfolge.

Noch eines ist aus den mehr als ermutigenden Juli-Ergebnissen abzulesen: Die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der heimischen Sachgüterproduktion haben ein Ausmaß erreicht, das die Unternehmen zunehmend resistenter gegenüber der Volatilität des europäischen Konjunkturverlaufes macht. Hier dokumentiert sich eine erfreuliche Kraft von Exporteuren, die im internationalen Vergleich durchaus der Größenkategorie der KMU zugeordnet werden können. Just diese Unternehmensgruppe ist von ausreichender Kreditfinanzierung abhängig, um auch weiterhin diesen Weg des Strukturwandels und der Marktdiversifikation gehen zu können.

Viel Stoff also für wirtschaftspolitische Kommentare. Aber nicht in einem Land, in dem im Stundenabstand der Hörfunk in den Weltnachrichtensendungen vermeldet, dass das Asylantenheim auf der Kärntner „Saualm“ endgültig geschlossen wird. Tu felix Austria ...

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

„Ein großartiges Konzept: Schach der Vermögensfalle“



Der Bundeskanzler hat auf dem Parteitag der größeren Regierungspartei vor wenigen Wochen mehr als 83 Prozent bekommen! Wo gibt es das sonst noch in dieser ebenso historischen wie hartnäckigen Niedrigzinsphase? Damit bleiben die Themen Gerechtigkeit und gleichmäßigere Verteilung der Stimmen und Vermögen auf der Agenda. Achterbahn sprach darüber mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft „Umverteilung jetzt!“, Mag. Robert Greifshalt, der extra für dieses Gespräch früher von der 6. Welttagung der Konfiskatorischen Liga aus Caracas nach Österreich zurückgekehrt war.



„Jeder in Österreich steuerpflichtige Bürger liefert grundsätzlich sein Bruttoeinkommen ohne nähere Spezifikationen beim zuständigen Finanzamt ab.“

Achterbahn: Professor Greifshalt, wo sehen Sie derzeit – im Lichte der Erkenntnisse aus der jüngst zu Ende gegangenen Welttagung – die größten Probleme in Österreich?

Greifshalt: Ehrlich gestanden, ich bin ein wenig stolz auf dieses unser Land. Bei der jüngsten Tagung wurde wieder klar, dass wir Österreicher in der Umverteilung große Klasse sind. Bei uns beginnt der Spitzensteuersatz von immerhin 50 Prozent schon bei 60.000 Euro steuerpflichtigem Jahreseinkommen. Das ist einer der höchsten Steuersätze bei einem der niedrigsten Einstiege in die Höchstbelastung innerhalb der OECD. Das kann sich sehen lassen. Das ist just das, was man früher skandinavische Verhältnisse genannt hat.

Dennoch fordert die Kanzlerpartei eine Rückkehr zur Erbschaftsteuer und will die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Grundsätzlich ist das ja richtig. Eine natürliche Konsequenz der Wertzuwachssteuer bei Wertpapieren, der Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer bei den Benzinpreisen oder der vervielfachten Gebühren für die Eintragung von Immobilien ins Grundbuch. Das ist aus der Sicht unseres Institutes durch ein System erkennbar.

Erwarten Sie für das kommende Jahr einen beinhaltenen Wahlkampf rund um Umverteilungsfragen und Vermögensgerechtigkeit? Es heißt ja schon jetzt, es werde im kom-

menden Wahljahr eine beinhaltenen Auseinandersetzung über Einkommens- und Verteilungsgerechtigkeit geben ...

Das ist leider zu erwarten. Ich sage leider, weil solches polarisiert ...

Haben Sie etwa ein brauchbares Gegenmodell anzubieten?

Durchaus. Sehen Sie doch, welche beinhaltenen Auseinandersetzungen zur Umverteilung auf uns zukommen.

Etwa zu der Tatsache, dass im Frühjahr in der Bundeshauptstadt Wien die Parkscheingebühren über Nacht um 66 Prozent angehoben worden sind. Wäre so etwas bei SPAR, REWE oder in einem anderen Handelsunternehmen passiert ...

Na ja, jedenfalls in diese Richtung. Der Unterschied zu den von Ihnen zitierten Handelsketten ist jedoch elementar: Die Parkgebühren können von der öffentlichen Hand autonom festgesetzt werden, während etwa im Lebensmitteleinzelhandel ein beinhaltenen Wettbewerb herrscht. Die Müllabfuhr kalkuliert ihre Tarife ohne EU-Ausschreibung, und um die fünfprozentige Werbesteuer beneiden uns mittlerweile auch die Hochsteuerländer in Skandinavien.

Aber Wettbewerb ist doch immer ein guter Preisregulator!

Nicht, wenn es sich um Verteilungsgerechtigkeit handelt. Schauen Sie, mit den herkömmlichen Mitteln

wird man der Schieflage in der Einkommensverteilung nicht mehr Herr: Es gibt noch immer Kollektivverträge, die sich an der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit orientieren. Es gibt Vorrückungen im öffentlichen Dienst oder Biennalsprünge in der Privatwirtschaft. Alles trägt den Keim der ungleichen Verteilung in sich. Und wenn Sie etwas reformieren wollen, dann ist mindestens die Hälfte der Steuerzahler beleidigt.

Was schlagen Sie daher vor?

Wir werden rund um den Staatsfeiertag am 26. Oktober ein revolutionäres Prinzip der veröffentlichten Meinung präsentieren. Es geht dabei um den Existenzsicherungsbeitrag, der alle Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen soll.

Wie soll das funktionieren?

Jede Umverteilungsdiskussion ist lästig und birgt auch politischen Sprengstoff. Doch es gibt einen einfachen Ausweg: Jeder in Österreich steuerpflichtige Bürger liefert grundsätzlich sein Bruttoeinkommen ohne nähere Spezifikationen beim zuständigen Finanzamt ab.

Aber wovon sollen denn dann die armen Menschen ...

So beruhigen Sie sich doch! Wir schlagen der Regierung vor, sie soll allen erwerbstätigen Österreichern die Möglichkeit eröffnen, einmal jährlich um ein Existenzsicherungspauschale beim Wohnsitzfinanzamt anzusuchen. Auf dem Bescheidwege werden dann den Petenten die Existenz einigermaßen sichernde Pauschalbeträge als Basiseinkommen zugestanden.

Haben wir Sie da richtig verstanden?

Durchaus. Das gesamte Bruttoeinkommen wird abgeliefert. Das erspart uns allen diese enervierenden Palaver über die Lohnnebenkosten. Wird das Existenzsicherungseinkommen definiert, dann ist der Idealzustand erreicht. Die Umverteilung findet nicht mehr von oben nach unten, sondern von den Privaten zur öffentlichen Hand statt. So entrinnt der einfache Staatsbürger der gefährlichen Vermögensfalle und geteilte Armut ist allemal halbe Armut. Wenn Sie wissen, was ich meine ...

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Verkehrspolitik Wien? Guten Morgen!

Es müssen doch alle gewusst haben. Rund 200.000 Menschen kommen im Durchschnitt täglich mit dem eigenen PKW aus dem nahen oder fernen Umland nach Wien. Überwiegend als Pendler – doch nicht nur: Tausende haben Tag für Tag Termine bei Ärzten, Behörden sowie Freiberuflern aller Art.

Alle haben gewusst, dass auf den öffentlichen Stellflächen in den Bezirken außerhalb des Wiener Gürtels rund ein Drittel aller abgestellten Fahrzeuge kein Wiener Kennzeichen besitzt.

Sehr viele haben gewusst, dass die Zahl der PKW-Tagespendler aus der Slowakei und aus Ungarn seit einigen Jahren stetig ansteigt. Wäre dem nicht so, viele Dienstleistungen – etwa im Gesundheitswesen oder auf den Baustellen der Stadt – wären nicht mehr möglich. Regionalpolitisch einigermaßen Informierte haben gewusst, dass der beachtliche Zuzug in die Umlandgemeinden sowie in den Randbereich des Ballungsraumes Wien viele Menschen strukturell zu „Pendlern“ macht. Weiters haben sie gewusst, dass vielen von diesen der Zuruf, sie mögen doch gefälligst öffentliche Verkehrsmittel benutzen, wenig nützt, weil in deren Heimatgemeinde nur zweimal täglich eine Busverbindung besteht.

Standortpolitisch Versierte haben gewusst, dass die aus verschiedenen Gründen erfolgende Dezentralisierung der Unternehmensstandorte, etwa in Industrie und Gewerbe, zusätzlichen Individualverkehr generiert. Zumal auch das Wohnen dezentraler wird, was die steigende Zahl jener Gemeinden in den „Speckgürteln“, die bereits wie optimierte Referenzsiedlungen von Bausparkassen aussehen, deutlich beweist. Arbeitsmarktpolitische Profis haben gewusst, dass die Zahl jener Selbständigen und Unselbständigen, die in ihrem Job unregelmäßige Arbeitszeiten haben respektive nicht den klassischen Tagesablauf im Berufsalltag kennen, rapid größer wird. Dass diese in ihrer Berufsausübung grundsätzlich mehr auf den eigenen PKW angewiesen sind, liegt auf der Hand.

Doch dann kam das Pickerl. Und das Staunen der Wiener Verkehrspolitik über alle diese Phänomene.

Guten Morgen, Frau Vizebürgermeister! -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Die Politiker von morgen werden eher trockene Managertypen. Wir Entertainer sterben aus.“
Wiens Bürgermeister Michael Häupl

„ÖGfE-Umfrage: Sechs Monate Europäische Bürgerinitiative: 62 Prozent halten Instrument für sinnvoll, 56 Prozent kennen es nicht.“
Aus einer Presseaussendung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

„Die EU-Kommission müsste doch derzeit wahrlich andere Probleme haben als die restriktive Regulierung des Versicherungsvertriebs.“
Robert Lasshofer, Generaldirektor der Wiener Städtischen

„20 Jahre nach der Legalisierung des Uhudlers gab es eine Uhudlerverkostung im Parlament in Wien. Da 2030 die Zulassung des Uhudlers ausläuft, kündigt die grüne Umweltsprecherin Christiane Brunner eine Petition für eine Verlängerung an.“
Aus einer Online-Meldung des ORF Burgenland.